

Öffentliche Anhörung
der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg
zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“
zum Thema
„Ambulante häusliche Pflege und Häusliche Krankenpflege (HKP)“,
20. März 2015 von 10:00 Uhr bis 12:45 Uhr
im Plenarsaal (Kunstgebäude),
Am Schloßplatz 2 in 70173 Stuttgart

Anmerkung:

Bitte beachten Sie, dass in Anbetracht der Redezeiten nicht alle Fragen umfassend beantwortet werden können und daher entsprechende Schwerpunkte gewählt werden sollten.

In den Fraktionen gab es Überlegungen und Fragen zu folgenden Themenbereichen:

I) Versorgungssituation

- 1) Wie ist die aktuelle Versorgungssituation in der ambulanten Pflege im Land zu bewerten? Welche Anforderungen bzw. Herausforderungen an die Weiterentwicklung der ambulanten Pflege ergeben sich in den kommenden Jahren?
- 2) Ist das Land Baden-Württemberg ausreichend mit ambulanten Pflegediensten versorgt? Wo gibt es Lücken? Welche Bedarfe sind noch zu wenig abgedeckt?
Konkret: Welche Rolle spielen ambulante Pflegedienste im ländlichen Raum? Mit welchen besonderen Problemen sind sie dort konfrontiert? Wie kann die Situation im ländlichen Raum verbessert werden?
- 3) Wie ist die aktuelle Versorgungssituation im Bereich der häuslichen Krankenpflege im Land zu bewerten? Welche Anforderungen bzw. Herausforderungen an die Weiterentwicklung der häuslichen Krankenpflege ergeben sich in den kommenden Jahren?
Welche Veränderungen braucht es zur Sicherung der ambulanten häuslichen Pflege, insbesondere auch in ländlichen Regionen?
Worin sehen Sie notwendige Schritte durch die Politik zur Sicherung der ambulanten häuslichen Pflege?
Wie sehen Sie die Zukunft der ambulanten häuslichen Pflege angesichts der demographischen Entwicklung und der gesamten Versorgungssituation pflegebedürftiger Menschen zu Hause in Baden-Württemberg?
- 4) Wie schätzen Sie die Beratung von zu Hause lebenden pflegebedürftigen Menschen (und ihrer Angehörigen) ein? Sind bei uns im Land ausreichende Infrastrukturen vorhanden?
- 5) Die häusliche Krankenpflege gemäß § 37 SGB V ist eine Stütze für die fachliche Begleitung häuslicher Pflegearrangements. Ihre Bedeutung nimmt zu und gleichzeitig werden Bemühungen der gesetzlichen Krankenkassen erkennbar, die Ausgaben im Bereich der häuslichen Pflege zu senken.
Wie schätzen Sie die Bedeutung und Entwicklung der häuslichen Krankenpflege ein
 - a) bezogen auf die Versorgung von schwer erkrankten Kindern?
 - b) als Leistung, die den Krankenhausaufenthalt überflüssig macht oder verkürzt, Abs. 1?
 - c) als psychiatrische häusliche Krankenpflege für psychisch Kranke?
 - d) als fachpflegerische Begleitung zur Sicherung der ärztlichen Behandlung bei älteren und auf Pflege angewiesenen Menschen?

- 6) Die ambulante Palliativversorgung gehört zu den gesundheitspolitisch besonders priorisierten Aufgaben. Wie schätzen Sie die Situation der
 - a) Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) für Erwachsene ein?
 - b) SAPV für Kinder und Jugendliche ein?
 - c) Allgemeinen ambulanten Palliativversorgung (AAPV) ein?
 - d) Warum gibt es anders als in Nordrhein-Westfalen keine AAPV-Verträge mit den gesetzlichen Krankenkassen?

- 7) Durch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz wurde verbindlich ein Rechtsanspruch auf Pflegeberatung gemäß § 7a SGB XI eingeführt. Die Evaluation der Pflegeberatung hat deutlich gemacht, dass nicht alle Kassen ihre Aufgabe nach § 7a SGB XI in qualitätsgesicherter Weise nachkommen. Wo sehen Sie Handlungsbedarf im Bereich des Care und Case Managements in Baden-Württemberg? Wie bewerten Sie die Evaluationsergebnisse des Kuratoriums Deutsche Altenhilfe?

- 8) Welche Bedeutung hat die HKP in der Palliativversorgung, wo sind diesbezüglich Ihre Problemanzeigen?

- 9) Was halten Sie davon HKP auch in (Behinderten-)Heimen als Leistung anzubieten?

- 10) Wie sieht die Anerkennung der Pflegekräfte aus? Können alle Altenpflegekräfte HKP-Leistungen abrechnen? (Hinweis: Betrugsfälle)

- 11) Wie schätzen Sie die Bedeutung der HKP in der allgemeinen fachpflegerischer Versorgung in Haushalten ein? (Hinweis: Weiterentwicklung der Richtlinien nach §92a SGB V?)

- 12) Bereich Kinderkrankenpflege: Kinderhospizstudien belegen eine extreme Unterversorgung. Wie bewerten Sie die Gewährung von HKP für sterbende Kinder?

II) Qualifikation

- 1) Wie sollten mobile „Pflegeteams“ zusammengesetzt sein (Qualifikation), um eine qualitativ hochwertige häusliche Pflege (auch Kranken-, Palliativ- und Hospizpflege) zu gewährleisten? Bilden die Entlohnungsstrukturen diese Qualifikationsanforderungen ab? Ist die Finanzierungsstruktur geeignet, um die dargestellte Qualität mit entsprechender Entlohnung zu ermöglichen? Was müsste geändert werden?

- 2) Der zeitlich höchste Unterstützungsbedarf für auf Pflege angewiesene Menschen liegt im Hauswirtschaftlichen und Alltagsunterstützenden sowie dem Bereich der sozialen Teilhabe. Wie kann dieser Bedarf künftig besser gedeckt werden? Welche Berufsgruppen sind hier gefragt? Wie kann eine Abgrenzung zwischen Fachpflege und Assistenzberufen für die auf Pflege angewiesenen Menschen und Menschen mit Behinderung vorgenommen werden?

III) Kosten und Kostenerstattung

- 1) Die Kostenersätze für die Pflegedienste werden im Rahmen der Selbstverwaltung ausgehandelt - ist im Rahmen dieser Verhandlungen eine bedarfsgerechte Leistungsfinanzierung möglich?
Wo sehen Sie Grenzen? Welche Rolle spielen die Kommunen und Kirchen bei der Aufrechterhaltung der ambulanten Versorgungsinfrastruktur im Land?
- 2) Welche Verbesserungen sind in der Abrechnung ambulanter häuslicher Pflegeleistungen wünschenswert?
- 3) Wie ist nach einem Krankenhausaufenthalt die Finanzierung für eine evtl. erforderliche pflegerische Grundversorgung unter 6 Monaten bis zum Wiedererlangen der Selbständigkeit zu gewährleisten?
- 4) Welche Alternativen gibt es zu einer modul- oder zeitbezogenen Abrechnung in der häuslichen Pflege gemäß § 36 SGB XI, welche Wirkungen entfalten die Flexibilisierungen der Leistungserbringung in der häuslichen Pflege nach dem Ersten Pflegestärkungsgesetz?
- 5) Persönliche Budgets eignen sich in besonderer Weise in der häuslichen Pflege. Das konnte durch mehrere Modellprojekte nachgewiesen werden.
Was versprechen Sie sich von budgetbasierten Finanzierungen der häuslichen Pflege sowohl in der Variante des Persönlichen als auch in der Variante des so genannten Sachleistungsbudgets?
- 6) Kann Ihrer Meinung nach durch den Ausbau hausärztlicher und fachpflegerischer Infra- und Versorgungsstrukturen ein Beitrag zur Absenkung der Krankenhauskosten geleistet werden? Wo sehen Sie hier den größten Handlungsbedarf? Liegen Ihnen Zahlen vor, die eine Quantifizierung des Einsparpotenzials sichtbar macht?
- 7) Wie schätzen Sie die Gewährungspraxis der Kassen im Bereich HKP ein (Ordnungspraxis und in der Anerkennung der Indikation)?
- 8) Wie laufen HKP- und Pflegeleistungen zusammen, wo sind Probleme, in der Gewährungspraxis als auch in der Durchführung?

IV) Zusammenarbeit und Vernetzung

- 1) Wie beurteilen Sie die Arbeitsteilung von Pflege und ärztlicher Versorgung?
In welcher Weise ist die Zusammenarbeit zwischen medizinischer Versorgung (Hausarzt, Krankenhäuser) und ambulanten Pflegedienste verbesserungsfähig?
- 2) Welche (rechtlichen) Voraussetzungen müssten geschaffen werden, um Pflege betreffende Verordnungen, die derzeit von Ärzten zu verordnen sind, sinnvollerweise direkt durch die Pflege anweisen zu lassen?
à Handlungsautonomie der Pflege: Gibt es ärztliche Aufgaben die sinnvollerweise durch die Pflege ausgeübt werden sollten? Falls ja, welche sollten das sein?
- 3) Was können die Probleme sein, wenn in die Ambulante häusliche Pflege und Häusliche Krankenpflege Freiwillige, Ehrenamtliche, Pflegehelfer aus anderen Ländern und Angehörige einbezogen werden?

Sind die Überprüfungen durch den Nachweis des Beratungseinsatzes nach § 37 Abs.3 SGB XI ausreichend um eine sichere Pflege zu gewährleisten? Wie wirken sich solche Beratungseinsätze aus?

- 4) In der Koalitionsvereinbarung der großen Koalition in Berlin wird dem Thema Stärkung der Kommunen in der Pflege eine programmatische Bedeutung zugemessen. Aktuell werden unterschiedliche Modelle verhandelt. Wo sehen Sie die Notwendigkeit, die Kommunen in der Pflege zu stärken? Welche gesetzgeberischen Schritte könnten sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ergriffen werden? Was halten Sie von dem Modell der Options- respektive Kooperationskommunen, das derzeit in Berlin diskutiert wird?
- 5) Welche Bedeutung messen Sie dem bürgerschaftlichen Engagement im Kontext der häuslichen Pflege zu? Voraussetzung braucht es, damit ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in der häuslichen Pflege zu einem erwartbaren Faktor werden kann und die Ziele, die in der Engagementstrategie Baden-Württembergs formuliert wurden, erreichen lassen?
- 6) Nachbarschaften sind die neben den Familien wichtigsten Institutionen alltäglicher Unterstützung, insbesondere auch für ältere Menschen. Sie werden in der Zukunft weniger leicht voraussetzen sein. Insofern bedarf es der Investition in Nachbarschaften, sowohl in Städten als auch in Dörfern. Wo sehen Sie hier Handlungsbedarf? Wie schätzen Sie in der Breite Quartiersmanagement und Dorfentwicklungsbemühungen ein?
- 7) Welche Rolle spielen ambulante Pflegedienste für Familien, Angehörige und ehrenamtlich Engagierte? Wie kann die Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen diesen und ambulanten Pflegediensten verbessert werden (sozialräumliche Koordinierung und Gestaltung)? Wie kann der Staat (differenziert nach Bund, Land, Kommune) hier unterstützend tätig werden?
- 8) Wie kann die Vernetzung mit Betreuungsdiensten und familiärer/nachbarschaftlicher Betreuung optimiert werden?
- 9) Kann die Abgrenzung zwischen Alltagshilfe und Pflege in der Alltagspraxis klar genug gezogen werden?

V) Weitere Aspekte

- 1) Wie sind die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der ambulanten Pflege und wie können sie verbessert werden?
- 2) Welche Bedeutung messen Sie osteuropäischen Pflegekräften in baden-württembergischen Privathaushalten bei? Wie hoch schätzen sie die Haushalte, die osteuropäische Pflegekräfte beschäftigen? Wie bewerten Sie die Qualität der Leistungen der osteuropäischen Pflegekräfte und ihre Arbeitsbedingungen? Wie hoch ist die Anzahl der Haushalte, in dem ihrer Meinung nach transnationale Pflegekräfte in jeder Hinsicht in Übereinstimmung mit dem Recht (Sozialversicherung, Arbeitsschutz, Arbeitszeit, Mindestlohn, Ruhepausen) beschäftigt sind? Wo sehen Sie Handlungsbedarf auf der landes- und auf der bundespolitischen Ebene? Halten Sie das österreichische Modell einer gesetzlichen Regelung der 24-Stundenpflege für auf Deutschland übertragbar?

- 3) Welche Bedeutung für die Ausbildung von Beschäftigten in der Pflege haben ambulante Pflegedienste? Wie sind die Ausbildungsbedingungen und wie können diese verbessert werden?
- 4) Wie hoch sind die bürokratischen Lasten für ambulante Pflegedienste? Inwieweit sind solche bürokratischen Lasten zur Qualitätssicherung zwingend erforderlich? Inwieweit kann die Belastung durch technische Hilfsmittel reduziert werden?
- 5) Wie schätzen Sie die Nutzung telemedizinischer Konzepte für die häusliche Pflege in Baden-Württemberg ein? Welche Konzepte erscheinen Ihnen besonders zukunftsweisend? Wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?